



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

I/XII/262 - 15. November 1957

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21891 - 33

Fernschreiber 0886890

Die Pläne des Verteidigungsministers	S. 1
Grossbritannien und die NATO	S. 3
Nachwort zum Falle Müller-Hillebrand	S. 5
Die Bilanz von Rom	S. 6
Um die politischen Gefangenen in der Zone	S. 8

## Keine Klarheit

sp - Verteidigungsminister Strauss hat jetzt also die deutsche Öffentlichkeit wissen lassen, dass die Bundesregierung nicht beabsichtige, ihren freiwilligen Verzicht auf die Herstellung, Lagerung und Verwendung von Atomwaffen rückgängig zu machen. Das war nach dem Stand der Organisation, Ausbildung und Entwicklung der Bundeswehr gar nicht anders zu erwarten, wenn auch Herr Strauss bei Behandlung dieser Frage die vier Worte "noch keine definitive Entscheidung" einfügte. Das ist keine für die Zukunft festlegende Verpflichtung. Der Weg für die Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen bleibt also offen, wie sich auch die Regierung seinerzeit bei der Beschlussfassung über das Atomgesetz im Bundestag ausdrücklich dagegen wehrte, die Verwendung der Atomenergie für ausschliesslich friedliche Zwecke im Grundgesetz verankern zu lassen. Die Sozialdemokratie wird auch in Zukunft mit aller Kraft die Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen bekämpfen, weil sie eine solche schwerwiegende Entscheidung als unvereinbar mit den deutschen Lebensnotwendigkeiten empfindet, die sich aus der besonderen Lage des gespaltenen Deutschland ergeben.

Aber Raketenwaffen werden wir erhalten. Hierfür hat Herr Strauss vor der Presse ein ganzes Programm entwickelt, das durchaus den

gegebenheiten der heutigen Waffentechnik entspricht. Mehrfach betonte er, Raketenwaffen seien nicht mit Atomwaffen identisch, eine Feststellung, die den Tatsachen entspricht. Nun ist es aber so: Die Frage, ob man eine Rakete mit einem "normalen" oder einem atomaren Sprengsatz versehen kann, ist für die Fachleute kein Problem mehr. Es kann durchaus sein, dass die Bundeswehr mit "normalen" Raketenwaffen ausgerüstet wird, dass aber gleichzeitig Vorkehrungen getroffen werden, um diese Raketen mit atomaren Sprengsätzen zu versehen. Die in der Bundesrepublik stationierten amerikanischen Truppen haben genügend Raketenstützeplätze gelagert und besonders im Raum Rheinland-Pfalz weiss heute jedes Kind, wo diese gefährlichen Objekte liegen. In Fachkreisen weiss man auch, dass zahlreiche organisatorische Vorkehrungen getroffen sind, die amerikanischen atomaren Sprengsätze für Raketen der deutschen Bundeswehr zu "leihen", sobald diese dafür ausgerüstet ist. Ausserdem wird höchstwahrscheinlich am 15. Dezember auf der NATO-Tagung in Paris darüber verhandelt werden, wie man die "Integration" der NATO-Partner entwickeln kann, um das Höchstmass an Verteidigungsbereitschaft des Westens zu erreichen. Herr Strauss sprach auch davon. Er meinte, diese Integration müsse sich auf Forschung, Entwicklung und Produktion aller Arten von Waffen beziehen, wobei zwischen den Staaten der westlichen Verteidigungsallianz dann Schwerpunkte und Arbeitszentren vereinbart werden müssten.

Betrachtet man die rein militärische Seite der Ankündigungen des Herrn Verteidigungsministers, dann wird man zugeben müssen, dass die von ihm entwickelten Verteidigungsperspektiven den sogenannten gegebenen Tatsachen entsprechen. Wer "A" sagt, muss auch "B" sagen.

Politisch jedoch erhält die Sache ein anderes Bild. Mit jedem Schritt in Richtung auf eine weitere militärische Integration - was gleichbedeutend mit einer organisatorischen und strategischen Verzahnung des westlichen Verteidigungspotentials in Europa ist - entfernen wir uns weiter von der von allen deutschen Parteien als Hauptziel proklamierten Aufgabe der Wiedervereinigung Deutschlands. Die organisatorischen, waffentechnischen und strategischen Überlegungen des Herrn Ministers schliessen im Grunde genommen die politischen Bemühungen zur Überwindung der Spaltung Deutschlands und Europas aus.

Es ist ja durchaus möglich, dass es deutsche Politiker gibt, die Politik in Zustand einer ständigen Bewusstseinspaltung machen. Das heisst, dass sie an Sonn- und Feiertagen von der Wiedervereinigung reden, in ihrer politischen Praxis jedoch das Gegenteil bewirken. Die Opposition im Deutschen Bundestag wird sehr wachsam sein müssen, um diesen Zustand der Bewusstseinspaltung nicht zum Normalzustand in der deutschen Politik werden zu lassen.

Macmillans Wunderidee: Die "Charter of Interdependence"

E.A. London

Obwohl die Konferenz der NATO-Staatschefs in Paris noch fast fünf Wochen aussteht, könnte man jetzt schon das Schlusskommuniqué dieser westlichen Spitzenkonferenz schreiben. Sie wird enden mit der feierlichen Verkündung der "Charter of Interdependence" - der Erklärung, dass die fünfzehn NATO-Länder die wechselseitige Abhängigkeit voneinander anerkennen und demgemäss handeln wollen. Nach der Konferenz wird Präsident Eisenhower nach Washington zurückkehren, um aufgrund der Erklärung mehr Geld von Kongress und Senat zu verlangen, womit die Beschlüsse in die Tat umgesetzt werden können. Premierminister Macmillan, der Vater der Idee einer neuen Charter, die neben der Atlantik Charter - gemeinsame Anstrengungen bis zur "bedingungslosen" Übergabe Deutschlands - und der Charter der Vereinten Nationen in unsere kurzlebige Historie eingehen soll, wird sich die Hände reiben, dass er statt wirkliche Opfer auf dem Altar der gemeinsamen Sache zu bringen mit hochklingenden Worten davongekommen ist. Dr. Adenauer aber wird mit Finanzminister Etzel die Rechnung studieren, die man für ihn in Washington und London zusammengebraut hat. Nicht nur, dass die Stationierungskosten als konstanter Dauerposten im Etat der Bundesrepublik verankert werden, sie sollen um einen erklecklichen Posten erhöht werden, damit Grossbritannien nicht 13 500 Mann im Neuen Jahre abzieht, sondern nur 8 500. So wird sich wieder einmal eine Tragödie der Weltgeschichte als Farce wiederholen, allerdings mit umgekehrten Vorzeichen.

In der letzten Hälfte des 18. Jahrhunderts verkauften deutsche Landesfürsten ihre Bataillone und Regimenter für klingende Goldpfunde an das georgische England und bauten sich mit dem Blutgeld Prunkschlösser wie Landgraf Wilhelm von Hessen Wilhelmshöhe bei Kassel. Dismal verkauft Harold Macmillan 5 000 Mann britischer Berufssoldaten, deren feierlicher Abzug er und sein Verteidigungsminister Sandys in einem Weissbuch der Nation versprochen hatte, damit der britischen Devisenlage keine neuen Schwierigkeiten entstehen.

Atomwaffen für die Bundeswehr ?

Diese Dinge werden allerdings nicht mit nackter Brutalität im Schlusskommuniqué stehen, aber dafür viele Paragraphen von Pöolen von Forschung und Waffenproduktion und über Methoden, wie das zustande gebracht werden soll. Schliesslich wird man feststellen, dass amerikanische und britische Atomwaffen und Raketen allen Verbündeten Streitkräften zur Verfügung stehen werden. Dafür werden die Amerikaner einhandeln, dass die Verantwortung über den Einsatz atomarer Waffen nicht wie bisher von ihnen allein, sondern nun gemeinsam von allen getragen wird. Nichts wird darüber gesagt werden, dass die Bundesrepublik unter Aufhebung des im WEU-Vertrage festgelegten Verbotes der ABC-Waffen sich an der Produktion von A-Waffen oder aber nur an der gemeinsamen Forschung beteiligen soll.

In Grossbritannien bestehen erhebliche Widerstände gegen die Aufhebung des Verbotes, so dass die Macmillan-Regierung ein ebenso starkes Interesse wie die Adenauer-Regierung hat, dass darüber in der Öffentlichkeit so wenig wie möglich gesprochen wird. Was darüber in den

vertraulichen Besprechungen der Staatschefs geplant wird, soll geheim bleiben, wie auch die Zusammensetzung der Forschungszentren und ihre Verteilung auf die einzelnen Länder noch lange ein Geheimnis bleiben dürfte. Daher deshalb, weil diese Dinge nämlich noch gar nicht ausgezogen sind und noch langer Verhandlungen zwischen allen beteiligten Regierungen und NATO-Stellen bedürfen. Politiker und Militärs hegen diametral entgegengesetzte Ideen über die Zusammensetzung der Forschungszentren und ihr Funktionieren.

#### Wer darf auf den Knopf drücken ?

Als die NATO-Spitzenkonferenz in Paris von Washington mit dem dreifachen Eisenhower-Macmillan-Spuk-Trompeterstoss angekündigt worden war, hatte Aneurin Bevan laknisch dazu geschrieben: Man sollte sich nicht so viel Mühe geben, die NATO militärisch wieder zusammenzuflicken, sondern sollte sich auf die Suche einer neuen westlichen Politik begeben. Aber das wollen weder die Amerikaner, noch die britische oder die bundesrepublikanische Regierung. Während man sich nun wahrscheinlich viele Monate in den westlichen Staatskanzleien darüber heiss reden wird, wieviele und unter welchen Umständen auf den westlichen Knopf drücken dürfen, um die Raketen und Wasserstoffbomben auszulösen, erwartet man, dass die Sowjet-Union in Geduld und Toleranz die militärische Stärkung der NATO-Allianz abwarten und hinnehmen soll.

Jeder militärische Laie weiss, dass nur sechs Minuten zwischen dem Abfeuern einer interkontinentalen Rakete im Inneren der Sowjet-Union und der Explosion einer Wasserstoffbombe in den Vereinigten Staaten verstreichen werden. In Paris aber wird man einen wesentlichen Teil der NATO-Konferenz damit ausfüllen, um Konsultationen und Verantwortungsteilung vor dem "Auf den Knopf-Drücken" zu stipulieren. Jeder ökonomische Laie weiss, dass die sowjetischen Erfolge in Raketen- und Sputnik-Produktion nur aufgrund der allumfassenden russischen Wirtschaftsplanung möglich waren. In Paris aber versammeln sich 15 Staatschefs mit wirtschafterlichen Konzeptionen, um eine sehr bescheidene Planung auf Militär- und Forschungsgebiet unter riesigen Schwierigkeiten untereinander auszuschnapsen. Wahrscheinlich haben die kommunistischen Theoretiker Unrecht mit ihrer Lehre, dass die kapitalistische Welt an ihren eigenen Widersprüchen zusammenbrechen werde. Aber werden die Widersprüche der nationalen und wirtschaftlichen Interessen der sogenannten freien Welt es ihr erlauben, die Konkurrenz der sowjetischen Welt auf allen Gebieten erfolgreich zu schlagen?

#### Neue Lage aber alte Politik

Die NATO will sich wieder darauf verlassen, dass Amerikas riesige Geldquellen die westliche Überlegenheit militärisch und politisch noch einmal sichern sollen. Die Frage erhebt sich, ob der amerikanische Kongress mitspielen wird. Selbst wenn er das mit Zögern und Bangen tut, so bleiben neue Überraschungen nach Sputnik I und II aus dem Osten nicht ausgeschlossen. Wird man dann endlich eine neue Politik betreiben? Sechs Minuten verstreichen zwischen Abschuss in Moskau und H-Bomben-Explosion in New-York. Umgekehrt gilt das Gleiche oder wird es in wenigen Wochen gelten. Wieviel Zeit bleibt uns da noch übrig, zu überlegen, dass die Erhaltung der Menschheit heute nicht mehr mit militärischen Mitteln, sondern von staatsmännischen Entscheidungen abhängt?

Mißbilligung für Strauß

sp - Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß hat am Donnerstag der deutschen Öffentlichkeit mitgeteilt, daß der Brigadegeneral Müller-Hillebrand, bis Ende September 1957 Unterabteilungsleiter militärisches Personalwesen im Bundesverteidigungsministerium, den Vorrang der politischen vor der militärischen Gewalt nicht anzweifeln wollte. Soweit er, Strauß, bei der damaligen Auseinandersetzung in seiner Autorität getroffen worden sei, habe er dem General die Mißbilligung ausgesprochen. Der General werde entsprechend seiner Laufbahn weiterverwendet werden.

Damit sei für ihn und von ihm aus, so erklärte der Minister, der Fall Müller-Hillebrand erledigt.

Der Minister irrt. Der Minister hat von 21. September an in einer von ihm veranlaßten Pressekampagne der deutschen und der Weltöffentlichkeit einzureden versucht, daß er sich bei den personalpolitischen Auseinandersetzungen zwischen dem General und ihm um eine Affäre von alltagsgrößter Bedeutung handle, bei der er zur Abwehr der Bedrohung des "Primats der Politik vor dem Militärischen" ein Exempel statuiert habe. Das Ergebnis dieses "Kraftaktes", wie beispielsweise die "Neue Zürcher Zeitung" die spektakulöse Maßnahme des Ministers bezeichnete, war außergewöhnlich, weil ein großer Teil der Öffentlichkeit, dem Ministerwort vertrauend, der Meinung war, daß hier im Falle Müller-Hillebrand tatsächlich eine Art reaktionärer Offiziersverschwörung mitten ins Herz getroffen worden sei.

Die Verlautbarung vom 14. November beweist nun endgültig, daß die ganze, so rücksichtslos hochgespielte Affäre Müller-Hillebrand eine schuldvolle und unverantwortliche Irreführung der Öffentlichkeit war und ist. Wenn der Minister als Oberbefehlshaber der Bundeswehr mit seinen Generälen Autoritäts-Differenzen hat, dann muß er sich entweder kraft seines Amtes und seiner Persönlichkeit durchsetzen oder zu disziplinarischen Maßnahmen greifen, wenn das Verschulden des Untergebenen einwandfrei nachgewiesen wurde. Diese Autoritäts-Differenzen zwischen Strauß und Müller-Hillebrand scheinen tatsächlich von so geringfügiger Art gewesen zu sein, daß sich der Minister mit einer einfachen Mißbilligung begnügen konnte. Der Minister hat aber aus dieser Tatsache kaum erwähnenswerten Differenz eine Haupt- und Staatsaktion gemacht, bei der er die berechtigte Sorge der deutschen und der Weltöffentlichkeit vor einer möglichen Wiederkehr einer reaktionären Offizierskanaille in der Bundeswehr für seine eigenen privat-taktischen Zwecke mißbraucht hat.

Der Verteidigungsausschuß des Bundestages wird sich in einer seiner allernächsten Sitzungen noch mit dem Fall Müller-Hillebrand zu beschäftigen haben. Dem Spruch des Parlaments soll nicht vorgegriffen werden. Es wird dabei die wahren Ursachen dieser "Kraftakt"-Affäre und ihre unerfreulichen Folgen zu berücksichtigen haben.

Daß man unter dem Eindruck der Aufklärung des Falles Müller-Hillebrand in Zukunft alle seine weiteren Schritte und Maßnahmen mit Mißtrauen und Sorge beobachten wird, das wird Herrn Strauß vielleicht nicht allzusehr berühren. Aber er soll es wenigstens wissen und zur Kenntnis nehmen.

Offene Fragen

nst. Der Herbsttagung des Montanparlamentes in Rom, die dieser Tage zu Ende ging, kam in wirtschaftlich-politischer wie auch in politischer Hinsicht ein größeres Interesse zu, als das gemeinhin den Arbeiten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl in weiteren Kreisen zugewendet zu werden pflegt. Einmal läuft gerade in diesen Wochen, Ende dieses Jahres, die Übergangszeit für den gemeinsamen Markt für Kohle und Stahl ab, während gleichzeitig die Bemühungen begonnen haben, Euratom und die neue europäische Wirtschaftsunion auf die Beine zu stellen. Ein selbstkritischer Rückblick auf die bisher geleistete Arbeit des Montanparlamentes lag in Rom also nahe. Darüber hinaus wollte man endlich eine Klärung der Beziehungen zwischen Hoher Behörde und Montanparlament einerseits und dem Ministerrat, den Vertretern der nationalen Regierungen also, andererseits herbeiführen. Schließlich erregte die Fugung auch deswegen in politischen Kreisen Aufmerksamkeit, weil die beiden höchsten Ämter der Hoher Behörde gerade in einer Zeit, in der die Montanunion an der Schwelle eines neuen Abschnittes ihrer Tätigkeit und einer Ausdehnung ihrer Kompetenzen und wirtschaftlichen Einflußgebiete steht, nach dem Rücktritt von René Mayer und Franz Etzel unbesetzt sind.

In der Aussprache zwischen Montanparlament, Hoher Behörde und Ministerrat über bisherige Leistungen und künftige Aufgaben der Montanunion beteiligten sich neben vielen Abgeordneten auch die Wirtschaftsminister der sechs Länder. Die Sozialisten, seit Jahren unwidersprochen die aktivste Gruppe im Montanparlament, verlangten erneut größere Vollmachten für die Hohe Behörde und das Montanparlament; dem Ministerrat blieb der Vorwurf nicht erspart, seine Verpflichtungen nach dem Vertrag und gelegentliche frühere Zusicherungen nicht erfüllt zu haben. In der Tat steht und fällt die Arbeit der Montanunion mit einer sukzessiven Erweiterung ihrer Kompetenzen und Vollmachten, und wenn schon die bisherigen vertraglichen Verpflichtungen durch die Minister teilweise nicht eingehalten werden, kommt man mit der wirtschaftlichen Integration natürlich nicht recht weiter.

Im Mittelpunkt der Aussprache standen vielbeachtete Ausführungen des Bundeswirtschaftsministers Erhard, der die Teilintegration der Montanunion als bisher unzureichend bezeichnete, so daß manche wichtige Probleme nicht hätten gelöst werden können. Es sollte sorgsam geprüft werden, ob es ratsam erscheine, der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl wesentlich erweiterte handelspolitische Befugnisse für ihren Zuständigkeitsbereich zu übertragen. Man solle nicht vergessen, daß die Formen und Methoden, die der vergleichsweise starre Montanvertrag zuläßt, mit den elastischeren Gestaltungsmöglichkeiten innerhalb der Europäischen Wirtschafts-Gemeinschaft sich nicht voll decken würden. Ein Erfolg sei nur dann zu erreichen, wenn die Koordinierung sich auf die gesamte Wirtschaftspolitik der beteiligten Länder erstreckte. Ohne eine solche umfassende Inangriffnahme des Problems könnten die speziellen, aus der Teilintegration herührenden Schwierigkeiten niemals in befriedigender Weise überwunden werden und noch weniger könnte der Gemeinsame Markt für die Europäische Wirtschafts-Gemeinschaft seinen Funktionen gerecht werden. Ziel der Koordinierung müsse sein, zu einer gleichgewichtigen Expansion der Wirtschaft in allen Ländern zu gelangen, zu einer Expansion des Sozialprodukts und des Lebensstandards, aber unter Gewährleistung der an freien Wettbewerbspreisen gemessenen Geldwert-Stabilität sowie des Zahlungsbilanzausgleichs bei wesentlich freiem Außenhandel und eines hohen Beschäftigungsgrades. Da sich aber - mindestens kurzfristig - nicht alle diese konjunkturpolitischen Ziele zugleich voll realisieren lassen, werde es notwendig sein, daß sich die Mitgliedsländer zunächst auf eine gewisse Rangfolge der von Allen anerkannten konjunkturpolitischen Ziele einigen.

Die Sozialisten kritisierten an der Stellungnahme Erhards vor allem, daß er Fortschritte im Grundsätzlichen hinter nationale Interessen zurückstellen wolle. Erhard zerstreute diese Bedenken, indem er sich als stets "guten Europäer" bezeichnete. Damit schien die Unruhe, die seine Ausführungen zunächst allgemein ausgelöst hatten, beseitigt. Eine Antwort auf die Grundfrage, ob die Regierungen in absehbarer Zeit bereit sein werden, auf einen weiteren Teil ihrer nationalen wirtschaftlichen Rechte zugunsten der Montanunion zu verzichten, wurde jedoch auch in Rom nicht gegeben, obwohl dort zum ersten Mal seit Bestehen der Gemeinschaft alle sechs Länder mit ihren zuständigen Ministern vertreten waren.

### Erfolg der Listenveröffentlichungen

B.Z.- Berlin. Niemand kann der Sozialdemokratischen Partei das Verdienst streitig machen, sich unentwegt und mit allen Mitteln für die Freilassung der politischen Gefangenen in der Zone eingesetzt zu haben. In diesen Tagen war es ein Jahr her, daß auf Grund einer Initiative des Berliner SPD-Vorsitzenden Franz Neumann allwöchentlich Listen der Namen von politischen Häftlingen in der Zone veröffentlicht wurden. Es bleibt dabei für die SED eine Ironie des Schicksals, daß es Grotesk wohl selbst war, der diese Anprangerung des sowjetzonalen Unrechtsregimes ausgelöst hat. Als der Pankower Regierungschef auf die schon seit Jahren erhobenen Anklagen der SPD gegen den sowjetzonalen politischen Justizterror erklärte, die SPD solle doch Namen von solchen angeblichen politischen Gefangenen nennen, entschloß sich der Berliner SPD-Vorsitzende, die Hoffnung Pankows, die SPD werde nicht im Besitze von konkretem Beweismaterial sein, zu zerstören.

Seit dem 3. November 1956 wurden insgesamt 2 753 Namen von politischen Gefangenen veröffentlicht. Wenn jetzt, ein Jahr nach dem Beginn dieser Aktion, diese Art der Entlarvung des Pankower Unrechtsregimes vorläufig eingestellt wird, so nur, um sie zu gegebener Zeit wieder aufzunehmen. Die seit einiger Zeit erneut festzustellenden politischen Verhaftungen, vor allem von Vertretern der Intelligenz und von Studenten, werden es wahrscheinlich schon in absehbarer Zeit notwendig erscheinen lassen, die Pankower Machthaber daran zu erinnern, daß auch die Namen dieser neuen Opfer des sowjetzonalen Gewaltregimes der SPD bekannt sind. Die SPD wird niemals aufhören, die Freilassung aller politischen Häftlinge zu fordern, um Menschlichkeit und Gerechtigkeit an ihrem Recht zu verhelfen.

Wer die Frage nach dem Erfolg der von der SPD veröffentlichten Gefangenenlisten stellt, wird über die Mitteilung Franz Neumanns erstaunt sein, daß es in immerhin 280 Fällen im letzten Jahr zu einer Entlassung aus dem Zuchthaus kam. Bei den 280 aus dem Zuchthaus entlassenen politischen Gefangenen ist in 200 Fällen konkret festzustellen, daß insgesamt 1 307 Jahre der durch die ursprünglichen Urteile festgelegten Strafe erlassen worden sind. Für jeden dieser 280 politisch Verurteilten ergibt sich, daß sie etwa 6 1/2 Jahre ihres Lebens durch die vorzeitige Haftentlassung neu gewonnen haben.

Die Berliner SPD hat mit der Veröffentlichung der Gefangenenlisten allen politischen Häftlingen der Zone, unabhängig von ihrer politischen Einstellung, zu helfen versucht. Gewiß, auch andere Kreise in der Bundesrepublik haben seit Jahren Versuche unternommen, politische Häftlinge Pankows freizubekommen. Sicher sind noch die unter der Hand bekannt gewordenen Fälle in Erinnerung, in denen geldkräftige industrielle Kreise Westdeutschlands, sei es von den Sowjets oder von der Pankower Regierung, durch entsprechende Gegenleistungen die Freilassung eines politischen Häftlings erreichen konnten. Es gab einmal eine Zeit, in der geschäftstüchtige Manager und Zwischenträger in Berlin einen Verdienst daraus machten, derartige Geschäfte zu vermitteln. Welcher tiefe Unterschied besteht zwischen solchen Einzelaktionen und dem erfolgreichen Versuch der SPD, das Pankower Regime durch die Veröffentlichung der Namenslisten von politischen Gefangenen moralisch und politisch bloßzustellen, ohne Rücksicht darauf, welcher politischen Partei der Häftling nahestehen konnte.

+ + +

Verantwortlich: Gunter Markscheffel